

# Wir fragen, Politiker\_innen antworten

Bildungspolitische Vorstellungen und Forderungen der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien zur

<div style="text-align: right;">Partei</div> <div style="text-align: left;">hlz</div>		
<p><i>Welche Vorstellungen haben sie in Hinblick auf die Arbeitsentlastung der Lehrer_innen, insbesondere, was deren Unterrichtsstunden anbelangt?</i></p>	<p>An Hamburgs Schulen unterrichten heute mehr Pädagogen als jemals zuvor. Kleinere Klassen, die Angleichung und damit Erhöhung der Zeitfaktoren für die einzelne Unterrichtsstunde aller Klassenstufen an der Stadtteilschule an die Zeitfaktoren des Gymnasiums sowie Verfahrensänderungen bei den Abschlussprüfungen haben bereits zu einer Entlastung von Lehrerinnen und Lehrern geführt. Weitere Entlastungsmöglichkeiten liegen in der Hand der Schulleitungen. Wir wollen sie zukünftig noch besser auf ihre Leitungsrolle vor allem auch in der Personalplanung und -entwicklung vorbereiten. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat hierfür mit einem Haushaltsantrag bereits die Weichen gestellt.</p>	<p>Das Lehrerarbeitszeitmodell ist mangels Anpassung an die Reformen und Entwicklungen der letzten Jahre nicht mehr hinreichend passgenau und transparent. Eine Überarbeitung und Anpassung ist erforderlich.</p>
<p><i>In welchen Schulformen sollte Ihrer Meinung nach die Inklusion durchgeführt werden?</i></p>	<p>Diese Frage hat Hamburg bereits entschieden. Alle Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen oder sonderpädagogischem Förderbedarf haben in Hamburg die Möglichkeit, eine allgemeine Schule zu besuchen. Gleichzeitig bleibt das Elternwahlrecht gewahrt. Denn wir erhalten die speziellen Sonderschulen und haben mit den Regionalen Bildungs- und Beratungszentren ein stabiles Angebot an Förderschulen geschaffen.</p>	<p>Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und durch alle Schulformen zu leisten. Allerdings lehnen wir eine zieldifferente Unterrichtung am Gymnasium grundsätzlich ab.</p>
<p><i>Die GEW fordert 550 zusätzliche Stellen zur Bewältigung der Inklusion. Welche konkreten Entlastungsschritte für das Personal schlagen Sie vor?</i></p>	<p>(...) Um stark verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern einen Neuanfang zu ermöglichen, werden wir kleinste Lerngruppen außerhalb des Klassenverbandes einrichten, in denen sie gut betreut, vorübergehend beschult, und auf die Rückkehr in den Klassenverband vorbereitet werden. Wir werden eine große Zahl von Schulbegleitern künftig direkt den Schulen zuweisen. Dort können sie flexibel eingesetzt werden und mehr Schülerinnen und Schülern helfen. So entlasten wir nicht nur die Lehrkräfte, sondern zugleich viele Eltern. Sie müssen nicht mehr wie bisher selbst Schulbegleitungen suchen.</p> <p>Eine Überprüfung hat ergeben, dass der sprunghafte Anstieg der Anzahl der Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache und emotionale Entwicklung zu knapp einem Viertel auf Fehldiagnosen</p>	<p>(...) Die systemische Ressourcenzuweisung für Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf LSE ist eine ungerechte und zu unrecht gedeckelte Ressourcenzuweisung. Notwendig ist vielmehr bis auf weiteres eine Einzelfalldiagnostik, die Erstellung eines Förderplans, der Rechtsanspruch auf eine fachgerechte Förderung im Unterricht sowie eine Beratung der unterrichtenden Kollegen und eine individuelle Ressource.</p> <p>Die Dezentralisierung der sonderpädagogischen Förderung ist nicht zum Nulltarif zu haben, da u.a. Synergieeffekte entfallen und der Koordinationsaufwand erheblich steigt. Nach unseren Vorstellungen soll die inklusive Beschulung aber für alle Formen des sonderpädagogischen Förderbedarfs</p>

### Kein Freibrief

Meine Anfrage an die bildungspolitischen Sprecher\_innen der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien war verbunden mit der Bitte, die Antworten gleich in das mitgelieferte Raster zu schreiben. Mir war klar, dass bei unterschiedlicher Länge der Beiträge die Größe der 'Felder' verschieden groß ausfallen würde. Deshalb bat ich um die Formulierung von Kernforderungen. Daran wurde sich nicht immer gehalten. Ich war daher gezwungen, einige Antworten, gekennzeichnet durch die übliche Markierung (...), zu kürzen. Dass die Beiträge trotzdem unterschiedlich lang ausgefallen sind, ließ sich nicht immer vermeiden. Es sollte aber natürlich nicht mit einer Wertung der Antworten verbunden werden. JG

		
<p>Wir werden uns weiterhin für eine Überarbeitung des Arbeitszeitmodells und der Faktorisierung einsetzen. Besonders bei den Fächern Sport, Musik, Kunst und Darstellendes Spiel muss der tatsächliche Arbeitsaufwand berücksichtigt werden. Dabei sollen insbesondere die Anforderungen an Lehrkräfte bezüglich Inklusion, Ganztagsangebot, Qualitätsmanagement an Schulen, kollegialen Unterrichtsreflexionen, Kooperationszeiten für die Teams und Elternarbeit Berücksichtigung finden.</p>	<p>Das Lehrerarbeitszeitmodell gehört abgeschafft. Hamburg ist das einzige Bundesland mit einem derartigen Modell. Es ist ungerecht, weil es eine Mehrarbeitszeitmodell ist und weil es vorgibt, es würden alle tatsächlichen Arbeitszeiten gemessen. Immer wieder ist den Lehrkräften versprochen worden, dass neue Aufgaben auch im Lehrerarbeitszeitmodell abgebildet werden. Das ist aber nicht geschehen. Solange das AZM noch besteht, sind alle Aufgaben einzurechnen. Die Unterrichtsverpflichtung muss gesenkt werden.</p>	<p>Wir setzen uns für Verwaltungsfachkräfte an Schulen ein, die Lehrer von administrativen Tätigkeiten entlasten, damit sie sich auf ihre wichtigste Aufgabe konzentrieren können: Guten Unterricht zu machen. Seit der Einführung des Lehrerarbeitszeitmodells sind zahlreiche neue Aufgaben hinzugekommen, z.B. die Umsetzung der Inklusion oder eine bessere Hochbegabtenförderung. Eine Überarbeitung des Lehrerarbeitszeitmodells ist deshalb notwendig. Dafür muss es erstens eine Bestandsaufnahme geben, die berücksichtigt, welche Aufgaben durch den Einsatz von Verwaltungskräften wegfallen können und welche Aufgaben neu hinzugekommen sind. Danach muss zweitens eine Neubewertung erfolgen. Die darf aber nicht am grünen Tisch erfolgen, sondern Lehrkräfte müssen in diesen Prozess selbstverständlich einbezogen werden.</p>
<p>An allen. Auch Gymnasien müssen sich endlich der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe stellen.</p>	<p>Auch in den Gymnasien! Der von den anderen Parteien ausgerufene „Schulfrieden“ mit dem Zwei-Säulen-Modell lastet die Inklusion in der Sekundarstufe I allein den Stadtteilschulen auf. Inklusion ohne die Gymnasien ist nur eine halbe Inklusion. Inklusion heißt, dass sich die ganze Gesellschaft für die Behinderten öffnet. Für eine echte Inklusion brauchen wir die Eine Schule für Alle.</p>	<p>An allen Schulformen. Der Zugang zum Gymnasium muss aber auch im Rahmen der Inklusion an klare Leistungskriterien geknüpft sein.</p>
<p>Nun, da die genauen Zahlen auf dem Tisch liegen, wissen wir endlich, dass Hamburgs Grund- und Stadtteilschulen über Jahre zu wenig Ressourcen für die Inklusion erhalten haben. Wir wollen den Inklusionsfonds, den wir bereits seit drei Jahren fordern, verstetigen und ihn in regelhaft im Haushalt verankerte etwa 250 Lehrer_innenstellen umwandeln. Das deckt zwar die Lücke nicht vollständig, aber ist ein erster Schritt in die richtige Rich-</p>	<p>DIE LINKE unterstützt diese Forderung. Inklusion ist nicht „kostenneutral“ zu haben, so wie es vom SPD-Senat geplant war. Die 2.000 neuen Lehrerstellen, von denen der Senator jetzt redet, sind hauptsächlich für mehr Schüler_innen, den Ganztags und kleinere Klassen nötig geworden. (Übrigens wurden fast 200 Stellen an beruflichen Schulen eingespart.) Für die Inklusion hat der SPD-Senat nur gut 100 Stellen für Erzieher_innen und Sozialpädagog_innen geschaffen, die aus den Überweisungen des Bundes für das Bildungspäckchen für Hartz IV-Kinder finanziert wurden. DIE LINKE hat als einzige Partei für die Inklusion ein realistisches Finanzierungskonzept vorgelegt. Hamburg ist bundesweit Spitzenreiter</p>	<p>Als erster Schritt braucht es eine ehrliche Analyse, wie viele Schüler überhaupt einen sonderpädagogischen Förderbedarf haben. Die vom Senat angenommenen und die von den Schulen gemeldeten Zahlen passen nicht zusammen. Deshalb fordern wir eine Rückkehr zur Einzelfalldiagnostik. Erst wenn diese Zahlen vorliegen, wissen wir, wie viele zusätzliche Pädagogen gebraucht werden. Danach muss es eine passgenaue Zuweisung der Personalressourcen basierend auf den tatsächlichen Schülerzahlen geben.</p>

<div style="text-align: right;"><b>Partei</b></div> <div style="text-align: left;"><b>hlz</b></div>	<div style="text-align: center;"></div>	<div style="text-align: center;"></div>
	<p>zurückzuführen ist. Bei drei Viertel handelt es sich um ein Dunkelfeld, dass durch die Inklusion erst zutage getreten ist. Früher wären diese Kinder an den Regelschulen ohne besondere Förderung „mitgelaufen“. Heute wird ihr Förderbedarf erkannt und ihm Rechnung getragen. Deshalb werden wir die Schulen mit zusätzlichen Lehrerstellen ausstatten. Hier werden wir nachsteuern. Für die besonders betroffenen Klassen 5 und 6 der Stadtteilschulen werden bis zu 60 zusätzliche Lehrkräfte einstellen.</p> <p>Zur Unterstützung der Inklusion in den Schulen soll künftig ein Expertenteam alle Schulen besuchen und Schulleitungen sowie Kollegien bei der Umsetzung der Inklusion beraten.</p>	<p>zunächst über Schwerpunktschulen mit besonderer Ausstattung und Know-How gesteuert werden, dadurch lässt sich ein Teil des Stellenmehrbedarfs kompensieren. Über das Netzwerk dieser Leuchtturmschulen soll die Inklusion für alle Förderbedarfe sukzessive mit erprobten und tragfähigen Schul- und Unterrichtskonzepten bis 2030 sukzessive weiter in die Fläche gebracht werden. (...)</p> <p>Die Aufteilung der Stellen in 40% Sonderpädagogen und 60% Erzieher und Sozialpädagogen ist unter Berücksichtigung der bisherigen Ausstattungen der Integrationsklassen und der Sonderschulen so anzupassen, dass eine angemessene sonderpädagogischen Betreuung für jeden einzelnen Schüler gewährleistet ist. Ausserdem müssen endlich Bildungspläne für die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf vorgelegt werden.</p>
<p><i>Welche Vorstellungen haben Sie in Hinblick auf die Entwicklung von Ganztagschulen bzw. eine ganztägige Betreuung an Schulen?</i></p>	<p>(...) Nach dem Ausbauprogramm geht es künftig darum, die Qualität Schritt für Schritt zu steigern. An jeder Schule soll ein schuleigenes Qualitätsmanagement für den Ganztag eingeführt werden. Einmal im Jahr sollen Expertinnen und Experten alle Ganztagschulen besuchen und gemeinsam mit den Schulen Verbesserungsvorschläge erörtern. Auf regelmäßigen Veranstaltungen sollen Ideen und Beispiele ausgetauscht werden. Ziel ist es, Vor- und Nachmittagsangebote besser zu verbinden, Hausaufgabenhilfe und nachmittägliche Bildungs- und Förderangebote zu verbessern, die Aufenthaltsqualität der Schulräume durch besseres Mobiliar und neue Reinigungskonzepte zu steigern sowie Ruhezonen und Möglichkeiten zum freien Spiel auszubauen und die Qualität der Schulverpflegung ständig zu verbessern. Für den Aus- und Umbau von Schulgebäuden und Kantinen werden rund 500 Millionen Euro aufgewandt.</p>	<p>Es bedarf zunächst einer externen Evaluierung des Konzeptes der ganztägigen Bildung und Betreuung (GBS). GBS vermittelt leider heute vor allem ein Betreuungsangebot, zuwenig jedoch ein Angetan zur Erhöhung der Bildungsgerechtigkeit. In diesem Rahmen muss auch die Qualität der einzelnen Angebote überprüft werden. Unabhängig davon muss an einem Konzept mit kurz- und mittelfristiger Perspektive für die Weiterentwicklung des Hamburger Ganztages an allen Schulformen gearbeitet werden, das unter kritischer Würdigung der jetzigen Strukturen und Ressourcenzuteilung eine vollständige Verzahnung von Vor- und Nachmittag in der sogenannten ganztägigen Betreuung bzw. offenen Ganztagschulen berücksichtigt und eine auskömmliche Finanzierung von gebundenen und teilgebundenen Ganztagschulen ermöglicht. Dabei muss die Wahlfreiheit der Eltern in jedem Stadtteil unter Berücksichtigung des § 13 Abs. 2a) berücksichtigt werden.</p>
<p><i>Halten Sie das Konzept der 2-Säulen für zukunftsträchtig? Wenn nein, welche Vorstellungen haben Sie bezüglich der Entwicklung der Schulstruktur?</i></p>	<p>Ja. Die Teilhabe aller an Bildung ist ein wichtiges Ziel unserer Politik. Alle Kinder und Jugendlichen sollen unabhängig von Herkunft und Einkommen der Eltern gute Startchancen haben. Das Hamburger Zwei-Säulen-Modell aus Stadtteilschule und Gymnasium ermöglicht allen Schülerinnen und Schülern den für sie individuell besten Bildungsweg zu gehen.</p> <div style="text-align: center;">  <p><b>Lars Holster (SPD)</b></p> </div>	<p>Als CDU-Bürgerschaftsfraktion bekennen wir uns zu der von der Enquete-Kommission 2006/2007 entwickelten Schulstruktur für Hamburg, basierend auf dem Zwei-Säulen-System. Allerdings wollen wir diese weiterentwickeln als attraktive, gleichwertige Alternative zum Gymnasium die hochwertige Mittlere Abschlüsse und das Abitur, eingebunden im Stadtteil, anbietet. Dazu ist eine stärkere Leistungsorientierung und äußere Differenzierung in den Kernfächern regelmäßig ab Klasse 8 erforderlich.</p> <p>Daneben wollen wir die Sonderschulen bis auf weiteres als gleichwertige Alternative zur inklusiven Beschulung erhalten. Hauptaugenmerk der Schulentwicklung liegt für uns auf der Qualitätsentwicklung des Unterrichtes. Eine Entwicklung zur Einheitsschule werden wir entgegenreten.</p>



**DIE LINKE.**



tung und bei weitem mehr als die von Senator Rabe versprochenen 60 Stellen für die Klassen 5 und 6.



**Stefanie von Berg**  
(Die Grünen)

bei der Privatschulförderung. DIE LINKE hat in einem Antrag in der Bürgerschaft vorgeschlagen, die Inklusion durch eine Rückführung der Privatschulförderung auf ein bundesdurchschnittliches Niveau zu finanzieren. Damit würden mehr als 20 Mio. € frei werden. Dies wäre ein erster Schritt. Alle anderen Parteien haben den Antrag der LINKEN abgelehnt.

In Hamburg gibt es ein bewährtes und bundesweit anerkanntes Modell der Inklusion: die Integrativen Regelklassen und Integrationsklassen. Die SPD hatte vor der letzten Wahl deren Ausweitung versprochen, tatsächlich schafft sie sie jetzt aus Kostengründen aber ab.

DIE LINKE fordert für die Inklusion eine Doppelbesetzung mit Lehrkräften nach dem Modell der erfolgreichen Integrations- und Integrativen Regelklassen.

Wir setzen uns seit vielen Jahren für ein flächendeckendes Ganztagsangebot ein. Unter anderem weil es zu einer größerer Bildungsgerechtigkeit führt. Das GBS-System muss verbessert werden und vor allem muss die Inklusion auch hier umgesetzt werden. Es nehmen zu wenige Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf an den GBS-Angeboten teil. Gleichzeitig brauchen wir eine bessere Ausstattung des (teil-)gebundenen Ganztags. Auch hier müssen GanztagskoordinatorInnen für ihre Arbeit entsprechend vergütet bekommen.

Der SPD-Senat lässt die Ganztagschule mit der „Ganztägigen Bildung und Betreuung (GBS)“, welche vormittags aus Unterricht und nachmittags aus Betreuung besteht, zum Sparmodell verkommen. DIE LINKE setzt sich für die Entwicklung aller Schulen zu echten (gebundenen) Ganztagschulen ein. Dies ist aus sozial- und aus bildungspolitischen Gründen richtig, um Eltern zu entlasten und so für mehr Chancengleichheit zu sorgen. Für die Ganztagsbildung sind deutliche Verbesserungen der räumlichen Ausstattung mit Kantinen, Spiel-, Ruhe- und Werkstatträumen und eine gebührenfreie und gute Verpflegung erforderlich

Die FDP setzt auf Wahlfreiheit: Es muss ein ausgewogenes Angebot an verpflichtenden und freiwilligen Ganztagsangeboten geben.

Leider wurden gerade die GBS-Angebote überhastet eingeführt mit allen bekannten negativen Folgen für die Qualität der Angebote.

Schwachstellen sind u.a. die Kooperation zwischen Lehrern und Erziehern, eine mangelnde Einbindung von Angeboten aus dem Sozialraum (Sportvereine, Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, etc.) und fehlende Zeit, um Hausaufgaben zu machen.

Hier muss dringend nachgebessert werden.

Die GRÜNEN halten nach wie vor das längere gemeinsame Lernen für das beste pädagogische Konzept. Es verspricht die größtmögliche Chancen- und Bildungsgerechtigkeit und es gibt auch so genannten „SpätentwicklerInnen“ die Möglichkeit, nicht zu früh auf einen niedrigeren Schulabschluss festgelegt zu werden.

Die Lehren des leider gescheiterten Volksentscheides 2010 sind aber von uns gezogen worden. Die Schulstruktur lässt sich offenbar nicht von Regierungsseite bestimmen, sondern muss an den Schulen selbst entstehen und dort wachsen. Denen, die bereit dazu sind, möchten wir alle Unterstützung zu Teil werden lassen. Die Modellversuche waren und sind alle erfolgreich, so dass wir auf größeres Vertrauen in das längere gemeinsame Lernen durch die breitere Bevölkerung hoffen.

DIE LINKE hat als einzige Partei in der Bürgerschaft den „Schulfrieden“ nicht mit unterschrieben. Er soll das Zwei-Säulen-Modell aus Stadtteilschulen und Gymnasien bis 2019 zementieren. Frieden kann es aber nur geben, wenn es soziale Gerechtigkeit gibt. Dieses Schulsystem diskriminiert systematisch Kinder und Jugendliche von Eltern mit weniger sozialem, ökonomischem und Bildungskapital.

Vor fast hundert Jahren, im Jahr 1919, hat die Hamburgische Bürgerschaft das „Gesetz betreffend die Einheitsschulen“ beschlossen. Damit wurden die gymnasialen „Vorschulen“ verboten und die Grundschulen für alle Kinder eingeführt, die erfolgreichste Schulform!

Ja, das Zweisäulensystem ist der richtige Weg für Hamburg. Gleichwohl muss die Stadtteilschule gestärkt werden. Um das zu erreichen, möchte die FDP abschlussbezogene Klassen an allen Stadtteilschulen einrichten, eine bessere Umsetzung der Inklusion mit passgenauer Ressourcenzuweisung und eine gute Berufsorientierung.

<div style="text-align: right;"><b>Partei</b></div> <div style="text-align: left;"><b>hlz</b></div>	<div style="text-align: center;"></div>	<div style="text-align: center;"></div>
<p><i>Hamburg hat nach dem Ausbau der Kita-Betreuung den schlechtesten Betreuungsschlüssel in Deutschland. Wie wollen Sie dem begegnen?</i></p>	<p>Auf Vermittlung der SPD-Fraktion haben Ende 2014 Gespräche mit den Kita-Trägern und Verbänden über Möglichkeiten der Qualitätsverbesserung in Krippe und Kita stattgefunden. Diese mündeten im gemeinsamen Beschluss einer Eckpunktevereinbarung (...) In dieser (...) bekennen sich beide Seiten, Behörde und Träger/Verbände, zu dem Ziel, in den nächsten zehn Jahren schrittweise eine Verbesserung der Fachkraft-/Kind-Relation im Krippenbereich auf 1:4 sowie eine Verbesserung der Fachkraft-/Kind-Relation im Elementarbereich auf 1:10 zu erreichen. Vorbehaltlich entsprechender Beschlüsse im Rahmen der Beratungen der Bürgerschaft zum Haushalt 2015/2016 – die dann am 17.12.2014 mit dem Antrag der SPD-Fraktion (Drs. 20/13947) erfolgt sind - haben sich die Mitglieder der Vertragskommission auf konkrete Schritte zu Qualitätsverbesserungen in Krippe und Kita verständigt, die bereits am 1. April 2015 mit einer Verbesserung der Betreuungsrelation in den Krippen für alle Kinder bis 24 Monate um 10 Prozent beginnen sollen. Zum 1. August 2017 wird der Betreuungsschlüssel (Erziehungspersonal) bei allen Krippenkindern (das heißt 25 bis 36 Monate) um 10 Prozent verbessert und 2019 soll – eine entsprechende Bundesunterstützung vorausgesetzt – der 1:4-Personalschlüssel (Erziehungspersonal) überall in der Krippe Realität werden. Die weiteren Verbesserungsschritte sind für den Anfang der 20er Jahre vorgesehen.</p>	<p>Hamburg darf beim Betreuungsschlüssel im Krippenbereich nicht länger Schlusslicht unter den westdeutschen Bundesländern bleiben. Wir fordern deshalb, den Personalschlüssel im Krippenbereich stufenweise bis 2020 auf eine pädagogische Fachkraft für höchstens 4 Kinder zu verbessern. Dieser Personalschlüssel ist für unter Dreijährige auch in altersgemischten Kita-Gruppen sicherzustellen. Dafür sollen ab 2015 über den Landesrahmenvertrag pro Jahr 300 zusätzliche Erzieherinnen- und Erzieherstellen finanziert werden.</p> <div style="text-align: center;">  <p><b>Karin Prien (CDU)</b></p> </div>
<p><i>Die Übergangquote der Schulabgänger_innen ins duale System von derzeit 37 Prozent ist für alle Beteiligten unbefriedigend. Wie wollen Sie die Situation verbessern?</i></p>	<p>Schülerinnen und Schüler der Stadtteilschule werden bereits ab der Mittelstufe im Rahmen der neuen Berufs- und Studienorientierung gezielt auf den Übergang in Beruf und Studium vorbereitet. Wer nach der Schule keinen Ausbildungsplatz hat, wird im Rahmen neuer Übergangsmaßnahmen der berufsbildenden Schulen schneller als bisher in ein Ausbildungsverhältnis übergeleitet: Die Übergangsmaßnahmen kombinieren schulisches Lernen und praktisches Lernen im Betrieb und erleichtern damit vielen den Übergang. (...)</p>	<p>Wir wollen den mittleren Bildungsabschluss aufwerten und die Ausbildungsfähigkeit der Schulabsolventen durch Stärkung der Basisqualifikationen und der sozialen Kompetenzen stärken. Die Berufs- und Studienorientierung wollen wir gemeinsam mit Kammern und Wirtschaftsverbänden um geeignete Instrumente für füreinander ein besseres Matching von Schulabsolventen und dem vorhandenen Angebot an Ausbildungsstellen erweitern. Dabei setzen wir auf Patenschaften und Coaches und wollen deren ehrenamtliches Engagement besser unterstützen. Die Mittel aus der Allianz für Aus- und Weiterbildung.</p>



**DIE LINKE.**



Die Personalausstattung ist ein ganz wesentlicher Schlüssel für eine gute Qualität der Kitas. Hier muss Hamburg besser werden. In keinem anderen westdeutschen Bundesland ist eine Fachkraft für mehr unter Dreijährige zuständig als in Hamburg. Die Personalausstattung ist damit weder kindgerecht noch pädagogisch sinnvoll. Eine Fachkraft ist rechnerisch für 5,4 Krippenkinder zuständig. Wenn man Ausfallzeiten aufgrund von Urlaub oder Krankheit und mittelbare pädagogische Tätigkeiten wie Teamgespräche oder Dokumentation mit betrachtet, ist eine Kita-Fachkraft sogar für mehr als sieben Krippenkinder verantwortlich. Um der Personalnot zu begegnen, wollen wir in einem ersten Schritt die Personalausstattung bei der Betreuung der unter Dreijährigen um 25 Prozent anheben. Damit können Ausfallzeiten und Anteile für die mittelbare pädagogische Arbeit endlich mit berücksichtigt werden. In weiteren Schritten wollen wir die wissenschaftlichen Empfehlungen der Bertelsmann-Stiftung erreichen. Dies bedeutet eine tatsächliche Fachkraft-Kind-Relation von 1 zu 4 im Krippenbereich und eine tatsächliche Fachkraft-Kind-Relation von 1 zu 10 bei der Betreuung der über Dreijährigen.

Die LINKE fordert Investitionen in die Qualität der Kindertageseinrichtungen. Dazu gehören bessere Personalschlüssel. Im ersten Schritt unterstützt die LINKE die Forderung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften, des Landeselternausschuss und der Verbände nach Finanzierung verbesserter Personalschlüssel in Höhe von 25%, um Ausfallzeiten und mittelbare pädagogische Arbeit zu finanzieren. Um die daraus resultierenden Fachkräftebedarfe langfristig zu decken, ist der Erzieherberuf aufzuwerten. Hierzu gehört auch eine bessere Bezahlung. Die LINKE setzt hier einen politischen Schwerpunkt in der Stadt. Der Bund muss diese Aufgaben mitfinanzieren. Wer bundesweit Rechtsansprüche ab dem ersten Lebensjahr einführt, darf die Länder und Kommunen mit der Finanzierung nicht allein lassen. Langfristig fordert die LINKE durch Steuern finanzierte gebührenfreie Ganztagesplätze von guter Qualität für alle Kinder.

Die FDP setzt sich für eine stufenweise Verbesserung des Betreuungsschlüssels auf 1:4 ein. Der Bund stellt Hamburg pro Jahr 21 Mio. Euro als Betriebskostenzuschuss zur Verfügung. Diese Gelder versickern im Moment im allgemeinen Haushalt. Sie müssen konsequent für eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels verwendet werden. So könnten bereits in diesem Jahr 400 neue Erzieherstellen finanziert werden.




**Anna von Treuenfels (FDP)**

Das von der schwarz-grünen Regierung geplante System Übergang in den Beruf ist gut, aber es muss offensichtlich noch verbessert werden. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure muss weiter zunehmen. Gleichzeitig brauchen wir mehr Ausbildungsplätze. Ein großer Fehler des aktuellen Senats ist: die Produktionsschulen werden kaum noch unterstützt. Dabei haben gerade sie bewiesen, wie erfolgreich einst schulmüde Schülerinnen oder Schüler werden können, wenn ihnen das richtige und praxisorientierte Konzept angeboten werden kann.

Die Übergangsquote in die duale Ausbildung beträgt sogar nur 25 %! (12 % der Schulabgänger\_innen haben einen Platz in einer vollqualifizierenden schulischen oder außerbetrieblichen Ausbildung bekommen.) (...) DIE LINKE fordert:  
Recht auf Berufsausbildung: Alle Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit einem Haupt- oder Real-schulabschluss haben das Recht auf eine berufliche Ausbildung. Sie müssen nach Schulende nahtlos eine Berufsausbildung beginnen können.  
Echte Ausbildungsvorbereitung: Jugendliche ohne Schulabschluss besuchen zunächst eine Ausbildungsvorbereitung und wechseln dann nahtlos in eine Berufsausbildung.  
Staatliche Ausbildungs-garantie: Solange die Unternehmen nicht in ausreichender Zahl Ausbildungsplät-

Die geringe Quote von 37% hat viele Ursachen, nicht nur mangelnde Ausbildungsreife oder zu wenige Ausbildungsplätze. Es gibt auch ein sog. „Matching“-Problem, Bewerber und Betrieben finden nicht zusammen. Deshalb muss die Berufsorientierung durch mehr Berufsschullehrer an Stadtteilschulen, eine bessere Beratung über die Möglichkeiten einer dualen Ausbildung und mehr Kooperationen zwischen Firmen und Schulen verbessert werden. Auch an Gymnasien sollte es nicht nur eine Studien-, sondern eine echte Berufsorientierung geben, die die Vorteile der dualen Ausbildung darstellt.

<div style="text-align: right;"><b>Partei</b></div> <div style="text-align: left;"><b>hlz</b></div>		
<p><i>Welche Vorstellungen haben Sie in Hinblick auf die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der an der Universität Beschäftigten?</i></p>	<p>(...) Die Wissenschaftsbehörde hat in einer Arbeitsgruppe mit Vertretern von Hochschulen, Gewerkschaften, Personalräten, Deutschem Hochschulverband und der Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten Verabredungen darüber getroffen, wie die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen entscheidend verbessert werden können. Dies vor allem durch: einen grundsätzlichen Beschäftigungsumfang für Promovierende von mindestens einer halben Stelle einschließlich eines Anteils für die eigene Qualifizierung, die Sicherheit für Habilitierende, bei erfolgversprechender Prognose in die zweite Phase der Beschäftigung übernommen zu werden, die Verpflichtung der Hochschulen zur grundsätzlichen Übertragung von Daueraufgaben auf Dauerbeschäftigte und der Evaluierung der Abweichungen hiervon, über die hochschulintern zu informieren ist, die Bindung der Beschäftigungsdauer bei Drittmittelprojekten in der Regel an die Projektlaufzeit, die Verpflichtung der Hochschulen zu angemessener Vergütung von Lehraufträgen und der Evaluierung des Umfangs der Lehraufträge, über die hochschulintern zu informieren ist, die Gleichstellung des nichtwissenschaftlichen Personals mit dem wissenschaftlichen Personal in Bezug auf die Regelungen zur Dauerbeschäftigung, zur regelhaften Bindung der Beschäftigungsdauer an die Projektlaufzeit einschließlich entsprechender Evaluierung, über die hochschulintern zu informieren ist, die Unterstützung des wissenschaftlichen Nachwuchses bei der Entscheidung über eine Berufswahl innerhalb oder außerhalb der Hochschule durch Beratung seitens der Hochschulen. (...)</p>	<p>Gute Rahmenbedingungen und Karriereperspektiven für die Beschäftigten der Hochschulen sind wichtig für den Wissenschaftsstandort Hamburg. Deswegen setzen wir uns dafür ein, die Beschäftigungsbedingungen und Karriereperspektiven gerade für Nachwuchswissenschaftler zu verbessern. Dazu zählt insbesondere die Ausweitung unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse. Außerdem wollen wir Stipendienangebote und Doktorandenprogramme für qualifizierte und engagierte Studierende und Wissenschaftler weiter unterstützen und ausbauen. Für diese und weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ins Leere</p>
<p><i>Welche Forderungen unterstützen Sie in Hinblick auf die Bezahlung und Vertragsausgestaltung der Beschäftigten in der Weiterbildung?</i></p>	<p>Nach 17 Jahren hat die SPD nun erstmals wieder die Honorare der Kursleitungen im offenen Programm der VHS erhöht. Dabei wurde der Tarifabschluss in der Weiterbildungsbranche zum Vorbild genommen. Mit der Verbindung zum Tarifvertrag besteht nun erstmalig eine Grundlage. Künftig sollen diese Tarifabschlüsse Leitlinie für regelmäßige Überprüfungen und Anpassungen der Honorarsätze im Einklang mit der wirtschaftlichen Situation der VHS sein.</p>	<p>Weiterbildung ist ein wichtiger Baustein des lebenslangen Lernens. Vertragsbedingungen und Vergütung müssen angemessen und attraktiv ausgestaltet werden, damit sich das Angebot weiter positiv entwickeln kann.</p>

	<p style="text-align: center;"><b>DIE LINKE.</b></p>	
	<p>ze bereitstellen, übernimmt dies der Staat im Rahmen einer außerbetrieblichen Ausbildung.</p> <p>Ausbildungsumlage: Nur 17,7 % aller Betriebe bilden in Hamburg aus. (...) Solange sie dieser Pflicht nicht nachkommen, werden Nichtausbildungsbetriebe zur Finanzierung der außerbetrieblichen Ausbildung im Rahmen einer länderbezogener Ausbildungsumlage herangezogen.</p>	
<p>Wir Grünen haben mit unseren Großen Anfragen die Situation des Wissenschaftlichen Nachwuchses auf die politische Agenda gesetzt. Wir freuen uns, dass der SPD-geführte Senat 2014 wesentliche Punkte aus unseren Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses übernommen hatte, wie z.B. die Erarbeitung eines ‚Code of Conduct‘ über Mindeststandards bei den Beschäftigungsverhältnissen sowie die im Hochschulgesetz vorgenommene Festschreibung der Arbeitszeit von Promovierenden auf mindestens eine halbe Stelle sowie von Mindestvertragslaufzeiten. Allerdings darf auch darauf verwiesen werden, dass die SPD unseren diesbezüglichen Antrag vom Jan. 2013 noch ablehnte.</p>	<p>Die Unterfinanzierung und Entdemokratisierung der Hochschulen hat zu einer Prekarisierung und neofeudale Abhängigkeiten der Wissenschaftsarbeiter_innen geführt. Diese unwürdigen Verhältnisse müssen überwunden werden. Dem wissenschaftlichen Nachwuchs sind verlässliche Perspektiven zu eröffnen. Für Daueraufgaben muss es unbefristete Beschäftigungsverhältnisse geben. Sie sind nach dem TVD zu gutüen.</p> <div style="text-align: center;">  <p><b>Dora Heyenn</b> (Die Linke)</p> </div>	<p>Aus Sicht der FDP muss sorgfältig abgewogen werden zwischen dem Interesse, öfter einen Wechsel zu haben und Stellen freizumachen, um neue Nachwuchswissenschaftlern eine Chance zu geben, und dem berechtigten Interesse der bereits Beschäftigten, eine gute Perspektive zu haben.</p> <p>Um dem Rechnung zu tragen hat die FDP auf Bundesebene in der vergangenen Legislaturperiode ein 15- Punkte-Programm angestoßen, das in Hamburg umgesetzt werden muss. Hierzu zählt z.B. Befristungen an die Laufzeiten von Projekten zu koppeln oder Juniorprofessuren, die in unbefristete Assistenzprofessuren aufgehen sollen. Die Finanzierung liegt bei den Ländern. Die FDP fordert, die Entlastungen des Bundes beim Bafög den Hochschulen zugutekommen zu lassen.</p>
<p>Das Thema Weiterbildung wurde in den vergangenen Jahren stark vernachlässigt und muss endlich wieder auf die Agenda. Dass die Beschäftigten meist in prekären Arbeitsverhältnissen leben, schadet ihnen, aber auch der Qualität der Weiterbildung insgesamt. Wir setzen uns für zumindest tarifgebundene Bezahlung ein. Alles Weitere muss auf den Prüfstand und in der nächsten Legislaturperiode mit allen Beteiligten diskutiert werden.</p>	<p>Träger der allgemeinen Weiterbildung sind kommunale und freie Träger sowie politische Stiftungen und Vereine. Ihre Finanzierung wird immer stärker infrage gestellt, da angesichts der Entleerung öffentlicher Kassen bei Bund, Ländern und Kommunen immer weniger Geld zur Verfügung steht. DIE LINKE spricht sich für eine verlässliche Ausstattung der unterschiedlichen Bildungsträger aus. Eine besondere Bedeutung kommt dabei den Volkshochschulen zu, die als öffentliche Weiterbildungseinrichtungen ein breites Angebot in den Regionen sicherstellen. (...) Darüber hinaus ist der derzeitige Branchenmindestlohn zu erhöhen. Grundsätzlich muss sich die Vergabepaxis der Bundesagentur für Arbeit an der Einhaltung von Qualitätsstandards orientieren statt, wie derzeit, an den Kosten einer Maßnahme.</p>	<p>Die FDP sieht in Eingriffen des Staates in die Lohnfindung ein erhebliches Problem. Deutschland und somit auch Hamburg verfügen über ein funktionierendes Tarifsystem. Die Tarifparteien sollten ihre Verhandlungsspielräume für einen tragfähigen Tarifvertrag nutzen.</p>